

Ohne Plastikfähnchen

Als griechischer Regierungschef hat Kostas Simitis einiges erreicht – wird er bald Präsident? / Von Michael Martens

ATHEN, im März. Nach mehr als zwei Jahrzehnten scheint die grünweiße Zeit in Griechenland vorerst zu Ende zu sein. Zwar sind in diesen letzten Tagen des Wahlkampfes in Athen und bei Fernsehübertragungen von Großkundgebungen aus Thessaloniki und der Provinz die Flaggen und Plakate in den Farben der regierenden Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok) allgegenwärtig. Doch bei den Parlamentswahlen am kommenden Sonntag will die Mehrheit der griechischen Wähler der seit 1981 – mit einer kürzeren Unterbrechung zu Beginn der neunziger Jahre – das Land regierenden Partei offenbar eine Denkpause in der Opposition verordnen. So sagen es schon seit dem Jahr 2001 die Meinungsumfragen voraus. In den griechischen Medien wird deshalb längst Rückblick gehalten auf die Regierungszeit von Ministerpräsident Simitis.

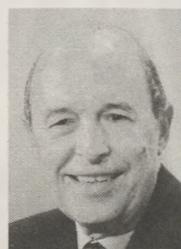
Selbst bei der oppositionellen Nea Dimokratia (ND), die aller Voraussicht nach als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorgehen wird, würdigt man den amtierenden Ministerpräsidenten für die Arbeit der jüngsten zwei Legislaturperioden – auch wenn die Mitglieder der anderen großen Partei des Landes ihr Lob stets mit dem Hinweis verbinden, „eigentlich“ habe Simitis nur die alte ND-Politik übernommen und weitergeführt. „Simitis wollte eine verantwortliche Wirtschaftspolitik führen. Aber seine eigene Partei war dagegen, und die Partei hat

schließlich gewonnen“, urteilt der frühere Ministerpräsident Mitsotakis im Gespräch mit dieser Zeitung. Mitsotakis, der von 1990 bis 1993 Chef einer Athener Regierung war, konnte sich als Wirtschaftsreformer letztlich nicht durchsetzen. „Die Griechen waren in ihrer großen Mehrheit gegen die Privatisierung“, sagt er heute. Das habe sich aber grundsätzlich geändert.

Simitis wurde wie Mitsotakis zum Verhängnis, daß Reformen schmerzhaftes Schneiden nicht nur verkünden müssen. Einen nie verwundenen Rückschlag mußte er 2001 hinnehmen, als ein Generalstreik der Gewerkschaften, an deren Spitze meist Pasok-Mitglieder stehen, die dringend nötige Rentenreform zu Fall brachte. Im Zentralkomitee der Regierungspartei, wo man die Popularitätswerte bedenklich sinken sah, murrten die Pasok-Rebellen immer lauter gegen Simitis, der das defizitäre Sozialsystem entschlacken wollte. Damals war nicht länger zu übersehen, daß Simitis den mächtigen Parteiapparat der Pasok nicht unter Kontrolle hatte. Daran änderte sich auch kaum etwas, nachdem er seinen Vertrauten Michalis Chrysochoidis auf den wichtigen Posten des Pasok-Generalsekretärs hievt. Nun wird sein mutmaßlicher Nachfolger als Regierungschef, Kostas Karamanlis, bei der Reform der Sozialsysteme dort ansetzen müssen, wo Simitis scheiterte.

In der Außen- und Wirtschaftspolitik war Simitis dagegen erfolgreicher. Tatsäch-

lich hat er nach dem Tode des Pasok-Gründers Andreas Papandreou einen neuen Politikstil eingeführt „ohne Plastikfähnchen, falsche Versprechungen und teure Massenveranstaltungen“, wie er es selbst nannte. Die Macht eroberte er sich mit kühler Berechnung: Ministerpräsident wurde Simitis im Januar 1996, nachdem der schwerkranke Papandreou aus dem Krankenhaus her-



Kostas Simitis, seit Januar 1996 Ministerpräsident Griechenlands, kurz darauf auch Vorsitzender der sozialistischen Pasok.

Foto Helmut Fricke

aus seinen Rücktritt hatte verkünden lassen. Kurz nach dessen Tod im Juni desselben Jahres drohte Simitis damit, daß er zurücktreten werde, wenn man ihn nicht auch zum Chef der Pasok wähle. Die Partei fügte sich. Im Vertrauen auf günstige Umfrageergebnisse ließ er bald darauf Neuwahlen ansetzen, um sich für seine Reformpolitik ein volles Mandat zu verschaffen. An seinem wirtschaftspolitischen Hauptziel, der Sanierung der Staatsfinanzen zur Erfüllung der Maas-

tricht-Kriterien und dem (zum ersten Januar 2001 vollzogenen) Beitritt Griechenlands zur Eurozone, hielt er Protesten und Streikwellen zum Trotz unbeirrt fest.

Er war außerdem einer der Architekten der griechischen-türkischen Annäherung und sorgte durch sein besonnenes Auftreten auch dafür, daß Athen in der EU an Ansehen gewann. Unter seinem eigensinnigen Vorgänger Papandreou hatte sich Griechenland, der damalige Wirtschaftszwerg der EU, oft zu einem Veto-Riesen aufgeplustert: Alle Annäherungsschritte der EU an die Türkei, etwa bei der Zollunion, waren stets der Gefahr eines griechischen Vetos ausgesetzt. Auch Simitis verzichtete nicht auf Druckmittel: Die noch Mitte der neunziger Jahre vorherrschende Haltung in Brüssel, Beitrittsgespräche mit Zypern könne es nur nach der Überwindung der Teilung auf der von einer griechischen Mehrheit und einer türkischen Minderheit bewohnten Insel geben, stieß auf die Drohung der Regierung Simitis, die gesamte EU-Erweiterung zu blockieren, wenn mit Zypern nicht ebenfalls verhandelt werde. Daß Zypern in der Amtszeit von Simitis die Beitrittsverhandlungen erfolgreich abschließen konnte, hat dem Ministerpräsidenten innenpolitisch allerdings nicht viel geholfen.

Über die weiteren Pläne des 67 Jahre alten Politikers wird viel spekuliert. Die Gerüchte über eine mögliche Nachfolge von

Kommissionspräsident Prodi, die Simitis stets dementieren ließ, sind verstummt. Hartnäckig hält sich aber die aus seiner Umgebung ebenso energisch verneinte Vermutung, Simitis wolle seine politische Laufbahn im März 2005 durch eine Kandidatur für das Amt des griechischen Präsidenten krönen. Denn eine Bestimmung in der griechischen Verfassung ließe seine Bewerbung um die Nachfolge von Konstantin Stephanopoulos nicht aussichtslos erscheinen – obwohl oder gerade weil seine Partei derzeit schwächer ist als die ND. Der Präsident wird in Griechenland vom Parlament mit Dreifünftelmehrheit gewählt. Gelingt die Wahl im mehreren Anläufen nicht, sind Neuwahlen vorgeschrieben. Erst in einem auf diese Weise gewählten Parlament reicht dann die absolute Mehrheit, um einen Präsidenten zu bestimmen. Sollte die Pasok nach dem 7. März also tatsächlich in die Opposition gehen müssen und Simitis für das höchste Staatsamt vorschlagen, setzte sie damit die ND unter Zugzwang: Verweigern Karamanlis und seine Anhänger die Zustimmung für den Kandidaten der Pasok, riskieren sie, bei Neuwahlen ihre gerade erungene Regierungsmacht wieder einzubüßen. Noch versichert die Pasok-Führung, um das höchste Amt im Staate werde man nicht schachern. Aber ob die Partei solch staatstragende Zurückhaltung auch in der für sie ungewohnten Oppositionsrolle durchhält, muß der übernächste Frühling zeigen.

„Tschetschenen verübten Anschlag“

mwe. MOSKAU, 2. März. Nach Angaben einer islamistischen Internetseite hat sich eine tschetschenische Gruppe des Anschlags auf die Moskauer Metro bezichtigt. Bei dem Bombenanschlag waren im vergangenen Monat mindestens 40 Menschen ums Leben gekommen. Ein Selbstbeziehungsschreiben sei per E-Mail dreimal an die islamistische Webseite „Kavkaz-Center“ gesandt, teilte deren Redaktion mit. „Kavkaz-Center“ verbreitet gewöhnlich Verlautbarungen des tschetschenischen Feldkommandeurs und Terroristen Schamil Bassajew, der sich bisher aller Anschläge von Selbstmordattentätern in Rußland bezichtigt hat. Die Nachricht sei zum ersten Mal zwei Tage nach dem Anschlag eingegangen, schreibt „Kavkaz-Center“; man habe ihr jedoch nicht geglaubt, weil man die Gruppe nicht kannte. Nachdem zusätzlich ein Anruf eines gewissen „Lom-Ali Tschetschenskij“, des Anführers der Gruppe, mit derselben Bezeichnung eingegangen sei, habe man sich entschlossen, das Schreiben zu veröffentlichen. Die Gruppe nennt sich „Gazotan Murdash“ und bezeichnet sich als bewaffneten Arm einer Sufi-Bruderschaft. Der Anschlag, der als „unsere erste Operation“ bezeichnet wird, sei die Rache für ein Massaker russischer Soldaten Anfang 2000 in dem Ort Aldy nahe Grosnyj gewesen. Genau vier Jahre vor dem Anschlag auf die U-Bahn hatten marodierende Soldaten Dutzende Einwohner des Ortes erschossen.